

Aktuelles, veröffentlicht am 14.03.2007

Bundesbudget der Schweiz (2007)

Dieser Text erläutert zu Beginn die Einnahmen des Bundes, darauf veranschaulicht er, in welchen Bereichen der Bund seine Ausgaben tätigt. Abschliessend wird das neue Rechnungsmodell vorgestellt.

Wie nimmt der Bund sein Geld ein?

Die Einnahmen des Bundes können in drei Hauptbereiche aufgeteilt werden: In direkte Steuern, indirekte Steuern und übrige Einnahmen.

Die **direkten Steuern** bezeichnen die Abgaben auf unser Einkommen und unser Vermögen. Sie müssen auch von juristischen Personen (Aktiengesellschaften, GmbHs etc.) bezahlt werden. Insgesamt machen sie etwa einen Drittel aller Bundeseinnahmen aus. In keinem anderen europäischen Land ist der Anteil an direkten Steuern so gross wie in der Schweiz.

Indirekte Steuern werden auf den täglichen Konsum erhoben. Den wichtigsten Anteil bildet die Mehrwertsteuer, die jeder von uns bezahlt, wenn er einkaufen geht. Der Anteil an indirekten Steuern macht über die Hälfte der Einnahmen des Bundes aus. Die meisten europäischen Staaten weisen einen höheren Anteil an indirekten Steuern aus.

Die **übrigen Bundeseinnahmen** setzen sich aus Zins-, Gebühren-, Konzessions- und Investitionserträgen zusammen.



Die budgetierten Gesamteinnahmen für 2007 betragen 55,9 Mia. CHF, was einer Erhöhung von 5,7% gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres entspricht (bei Ausklammerung von künstlichen Aufblähungen durch das neue Rechnungsmodell NRM, Erklärung siehe Kasten). Diese Mehreinnahmen werden vor allem aufgrund der zurzeit günstigen Wirtschaftslage erwartet. Gestützt wird diese Erwartung durch das bereits in der Finanzrechnung 2006 über den Erwartungen gelegene Ergebnis. Es wurden um 5% höhere Einnahmen erzielt als budgetiert waren. So schloss die Finanzrechnung 2006 mit einem Überschuss von 2.5 Mia. CHF ab.

Profi-Wissen:

Wie entstehen Aufblähungen durch das NRM?

Mit dem 2007 eingeführten neuen Rechnungsmodell (NRM) wurden unter anderem die Bewertungsgrundsätze an moderne Rechnungslegungsstandards angepasst.

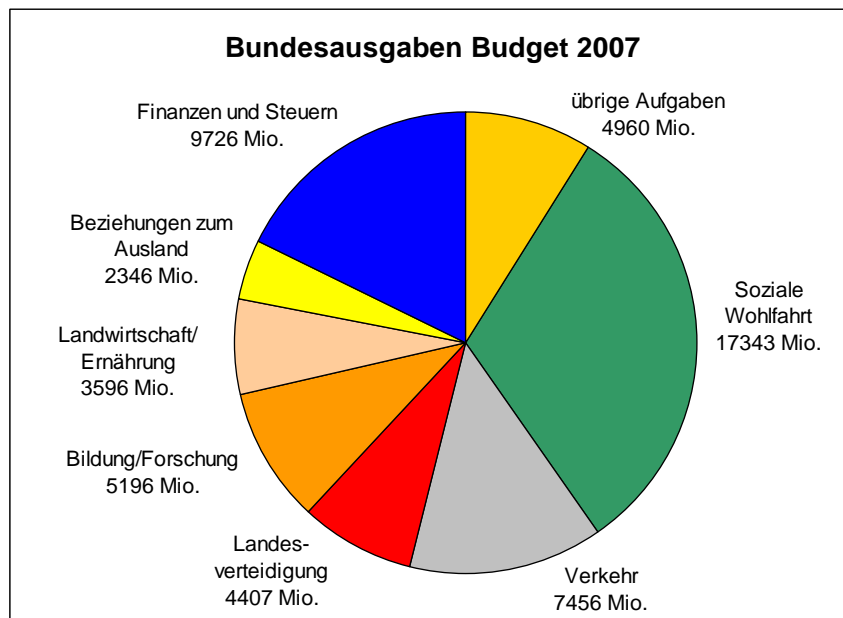
Eine Änderung besteht in der konsequenter Anwendung des sog. Bruttoprinzips. Dieses besagt, dass Ausgaben und Einnahmen in voller Höhe ausgewiesen werden müssen und nicht miteinander verrechnet werden dürfen. So werden neu jegliche interne Leistungen, beispielsweise zwischen den Bundesämtern, vollständig ausgewiesen. Da das Bruttoprinzip in den vergangenen Jahren nicht konsequent berücksichtigt wurde, gibt es nun eine gleichmässige Ausdehnung der Einnahmen- sowie der Ausgabenseite. Dieser einmalige Übergangseffekt wird als „Haushaltsneutrale Aufblähung“ bezeichnet. Eine weitere Quelle für künstliche Veränderungen des Budgets entsteht dadurch, dass einige Bilanzposten gemäss kaufmännischen Grundsätzen neu bewertet wurden. Dieser Effekt ist ebenfalls einmalig bei der Umstellung zu verzeichnen.

Mehr zum neuen Rechnungsmodell finden Sie im Text weiter unten.

Im Bundesbudget für 2007 sind vor allem höhere Einnahmen der direkten Bundessteuer, Mehrwertsteuer und der Stempelabgaben zu verzeichnen. Die restlichen Abgaben werden durch das Wirtschaftswachstum kaum beeinflusst und sind über die Jahre ziemlich konstant.

Wofür gibt der Bund das Geld aus?

Die Staatsausgaben lassen sich entweder nach dem Kriterium des Aufgabengebiets oder nach der Struktur (Investitionen, Personalkosten, Entschädigungen, etc.) aufschlüsseln. Nachfolgend wird die erste Variante gewählt.



Die Totalausgaben wurden mit 55 Mia. CHF budgetiert. Dies ist (nach Bereinigung der Aufblähungen) 2,8% mehr als im Budget von 2006. Da gleichzeitig mit den Ausgaben auch die Einnahmen steigen, ergibt sich trotz der Ausgabenerhöhung ein budgetierter Überschuss von 918 Mio.

Der mit Abstand grösste und stark wachsende Ausgabenbereich ist die soziale Wohlfahrt. Darunter fallen unter anderem Ausgaben für die AHV und IV, Prämienverbilligungen der Krankenkasse, Asyl- und Flüchtlingswesen.

An zweiter Stelle stehen Ausgaben für Finanzen und Steuern. Diese bestehen hauptsächlich aus Schuldzinsen und Steuern, die der Bund an die Kantone weitergeben muss.

Unter den Posten Beziehungen zum Ausland fallen unter anderem Ausgaben für Entwicklungshilfe und Beiträge an die UNO. Ebenfalls Beiträge an die UNO beinhaltet die Landesverteidigung. Der grösste Teil des Postens Landesverteidigung geht jedoch an die Schweizer Armee. Die Ausgaben für Verkehr bestehen aus Kosten für den Strassenverkehr und öffentlichen Verkehr. Hinter dem Posten „übrige Aufgaben“ stehen Ausgaben für den Verwaltungsapparat, Justiz und Polizei, Kultur, Gesundheit und Umwelt.

Entwicklung der Ausgaben und Defizite

Die untenstehende Tabelle gibt die Veränderungen der Ausgaben im Vergleich zum Budget des Vorjahres wieder. Die ausserordentlich gross erscheinenden Veränderungen bei den Posten Finanzen und Steuern sowie Bildung und Forschung sind teilweise auf die Umstellung auf das Neue Rechnungsmodell (NRM) zurückzuführen (siehe unten). Deshalb werden in einer zweiten Spalte noch die Veränderungen nach altem Rechnungsmodell angegeben, damit Vergleiche besser möglich werden.

Trotz der Mehrausgaben in allen Posten werden voraussichtlich im nächsten Jahr die Schulden durch einen Überschuss von 918 Mio. wei-

Einfach erklärt:

Was versteht man unter der Schuldenbremse?

Die Schuldenbremse besagt, dass der Staat mittelfristig kein Defizit machen darf. Sie reguliert seit der Budgetperiode 2002 die zulässigen Gesamtausgaben abhängig von der Höhe der Einnahmen. In wirtschaftlich schlechten Jahren darf zwar ein Defizit erzielt werden, dieses muss jedoch in guten Jahren durch Gewinne wieder kompensiert werden. Über eine Periode von mehreren Jahren darf folglich kein Defizit entstehen.

Die Schuldenbremse bezieht sich aber nur auf den ordentlichen Finanzhaushalt, ausserordentliche Zahlungen sowie Zahlungen an spezielle Fonds (wie zur Finanzierung der NEAT) sind im begrenzten Rahmen möglich und sind nicht der Schuldenbremse unterstellt.

ter reduziert und die Schuldenbremse eingehalten. Bei der Betrachtung der Schuldenentwicklung muss berücksichtigt werden, dass es auch ausserordentliche Ausgaben und Einnahmen geben kann, die ausserhalb der hier vorgestellten Finanzierungsrechnung stehen und auch nicht der Schuldenbremse unterstehen. Für das Jahr 2007 sind jedoch keine ausserordentlichen Ausgaben budgetiert.

Vgl. Voranschlag 06/07		
Ausgabenposten	nach NRM	ohne NRM
Finanzen und Steuern	+ 10.7 %	+ 7,2 %
Verkehr	+ 0 %	+ 0 %
Soziale Wohlfahrt	+ 4.3 %	+ 4.3 %
Beziehung zum Ausland	+ 2.4 %	+ 2.4 %
Bildung und Forschung	+ 9.2 %	+ 1,0 %
Übrige Aufgaben	+ 0.9 %	+ 0.9 %
Landesverteidigung	+ 2.4 %	+ 1.1 %
Landwirtschaft und Ernährung	+ 0.1 %	+ 0.1 %

Neues Rechnungsmodell (NRM)

Wie bereits erwähnt, wurde mit dem Voranschlag des Jahres 2007 ein neues Rechnungsmodell (NRM) eingeführt. Mit diesem Schritt wurde das Rechnungswesen des Bundes grundlegend umgestaltet und an moderne Standards, wie sie in der Privatwirtschaft seit langem anerkannt sind, angepasst. Dadurch soll die Transparenz und Vergleichbarkeit mit anderen Gemeinwesen verbessert werden. Der Nachteil besteht darin, dass Vergleiche von Jahren vor und nach der Umstellung schwieriger sind. Die wichtigsten Änderungen betreffen folgende Punkte:

- Neuer Aufbau analog zu Unternehmen der Privatwirtschaft: Erfolgsrechnung, Bilanz, Finanzierungs- und Mittelflussrechnung. (siehe Kasten rechts)
- Rechnungslegung orientiert sich an internationalen Standards, kaufmännische Grundsätze wie Abschreibungen und zeitliche Abgrenzung werden umgesetzt.
- Bundesweite Einführung von Kosten- und Leistungsrechnung (KLR). Dabei handelt es sich um ein Instrument zur Kontrolle und kurzfristigen Steuerung der Kosten und Erlöse.
- Konsolidierte (=zusammengefasste) Jahresrechnung, welche auch rechtlich eigenständige, aber wirtschaftlich eng verflochtene Einheiten beinhaltet (z.B. ETH-Bereich, Fonds für Eisenbahngrossprojekte)
- Interne Leistungsverrechnung soll den Leistungswettbewerb zwischen den Verwaltungseinheiten erhöhen. Konkret heisst dies, wenn eine Verwaltungseinheit für eine andere eine Leistung erbringt, wird diese wie eine externe Leistung verrechnet.

Durch diese und weitere Veränderungen wird eine bessere Abbildung der finanziellen Situation des Bundes erreicht. Die erhöhte Transparenz (z.B. Kosten der einzelnen Verwaltungsbereiche) soll das Kostenbewusstsein und den effizienteren Einsatz von Mitteln bei der Planung fördern.

Literaturverzeichnis:

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD (2006). *Bericht zum Voranschlag 2007*. Abrufbar unter www.efv.admin.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD (2006). *NRM Das neue Rechnungsmodell des Bundes*. Abrufbar unter www.efv.admin.ch

Bundesbehörden der CH-Eidgenossenschaft (2007). *Rechnung 2006 mit Milliardenüberschuss*. Abrufbar unter www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/6650.pdf

Profi-Wissen:

Aufbau des NRM

In der **Erfolgsrechnung** werden die Aufwände und Erträge aufgelistet. Diese sind nicht zu verwechseln mit Ausgaben und Einnahmen, da auch Geldunwirksame Verbuchungen erfasst werden, wie z.B. Abschreibungen. Das Ergebnis zeigt den Gewinn bzw. Verlust. Die Erfolgsrechnung wird neu für jede Verwaltungseinheit erstellt und auf Bundesebene zusammengefasst.

Die **Bilanz** stellt die Vermögenswerte (Aktiven) den Verpflichtungen (Passiven) gegenüber und zeigt so die Vermögens- und Kapitalstruktur des Bundes.

Das zentrale Instrument für die Gesamtsteuerung des Bundes ist nach wie vor die **Finanzierungs- und Mittelflussrechnung (FMFR)**. Darin werden die Ausgaben den Einnahmen gegenübergestellt. Es werden so alle Vorgänge zusammengefasst, die finanzierungswirksam sind, d.h. bei denen Geld fließt. Das Ergebnis der FMFR ist entweder ein Überschuss oder ein Defizit. Die Vorgaben der Schuldenbremse konzentrieren sich auf dieses Ergebnis.